

**An:**

Bundesministerium für  
Nachhaltigkeit und Tourismus  
Stubenring 1  
1010 Wien

Wien, 06. Dezember 2018

**Betreff: Stellungnahme zum Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich**  
(Version vom 21.11.2018)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich. Der vorliegende Plan der im Wesentlichen den Inhalten der #mission2030 entspricht, lässt eine Bewertung hinsichtlich der notwendigen Herausforderungen der kommenden Dekade nicht zu. Obwohl rudimentäre Ziele aus der #mission2030 übernommen wurden, fehlen klare **Zieldefinitionen und Mengengerüste**, auf die ein Plan bzw. eine Strategie abgestellt sein muss. Darüber hinaus ist unklar, welche konkreten Maßnahmen und Instrumente genutzt werden sollen, um diesen Plan mit Leben zu füllen. Darüber hinaus möchten wir anmerken, dass **die vorliegende Fassung keine Einschätzung zulässt, welche fachliche Expertise einbezogen wird** und/oder wurde, warum diese einbezogen wird/wurde und inwiefern die vorliegenden, sehr konkreten Ziele, Maßnahmen, Instrumente und Szenarien von Institutionen wie dem Umweltbundesamt oder der Technischen Universität Wien berücksichtigt werden.

Auch das **mangelnde Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen** und die äußerst schwachen Formulierungen zum Ausstieg aus der Nutzung der fossilen Energie ist aus Sicht des EEÖ negativ und unzeitgemäß.

**Verbesserungsvorschläge**

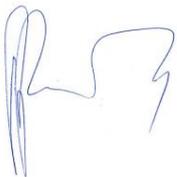
- Das **Pariser Klimaziel** muss **außer Diskussion** stehen
- Eine der Hauptforderungen fast aller ReferentInnen der Enquete zur Diskussion der #mission2030 war die Umsetzung einer **ökosozialen Steuerreform**. Das Bundesfinanzministerium ist in der Verantwortung einen konkreten Beitrag zu liefern.
- **Zur Verbesserung der noch ausstehenden Mengengerüste und der Instrumenten- bzw. Maßnahmenebene** finden Sie als Anhang einen sehr umfangreichen Entwurf eines Nationalen Energie- und Klimaplanes der auf wissenschaftlicher Basis Mengengerüste und umfangreiche Maßnahmen und Instrumente vorschlägt, die es ermöglichen, die in der #mission2030 gesteckten Ziele zu erreichen. Diese Mengengerüste basieren auf wissenschaftlich fundierten Potentialen erneuerbarer Energien bis 2030 sowie Analysen zur Struktur des österreichischen Energiesystems. Grundsätzlich findet auch das vom Umweltbundesamt genau für diesen Zweck erarbeitete Szenario „Transition“ detaillierten Eingang. Wir möchten darauf hinweisen, dass dieser Entwurf als Sammlung von Vorschlägen zur Verbesserung des NEKP Österreichs gesehen werden muss und unsere Stellungnahme sich auch auf diese Vorschläge erstreckt. Sollten die Vorschläge keinen Eingang finden, gehen wir davon aus, dass sinnvolle Ersatzmaßnahmen gezogen werden.
- **Hinsichtlich der Beteiligung** erhoffen wir uns in Zukunft als relevanter Stakeholder und auch als Mitglied des Nationalen Klimaschutzkomitees eine umfassende Einbindung in den

Prozess. Insbesondere die eingehenden Stellungnahmen aber auch welche Vorschläge Eingang finden bzw. nicht Eingang finden ist demokratiepolitisch eine wichtige Information, die transparent gemacht werden muss. Gerade in diesem Bereich gibt es eine erhebliche Anzahl von bereits existierenden Strategien, Maßnahmen und Instrumenten für die notwendige Zielerreichung. Daher ist es notwendig, diese entsprechend zu qualifizieren um den Vorwurf einseitiger Energiepolitik zu vermeiden.

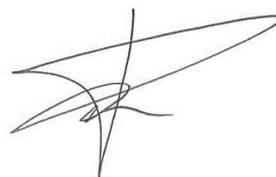
- **Konkretisierungen**

- Maßgebliche Konkretisierungen fehlen derzeit. Für die Planungen aller Akteure der Volkswirtschaft sind jedoch **konkrete Schritte und Maßnahmen** notwendig, um stranded cost und lock-in Effekte zu vermeiden. Insbesondere betrifft das aus Sicht des EEÖ:
- **Konkrete Zeiträume** fehlen fast durchwegs und sollten ergänzt werden. In Verbindung mit inhaltlichen Konkretisierungen betrifft das besonders:
  - **Ölheizungsanstieg:** In den nächsten Jahren müssen rund 30.000 Ölheizungskessel jährlich ersetzt werden. Für die NutzerInnen dieser Kessel braucht es sehr konkrete Rahmenbedingungen und Vorgaben zur Umstellung um zu vermeiden, dass erneut Heizkessel eingebaut werden, die die Abhängigkeit auf Jahrzehnte einzementiert.
  - **Abschaffung umweltschädlicher Subventionen:** Hier liegen bereits umfangreiche Studien vor. Während im Regierungsprogramm und der #mission2030 ein konkretes Bekenntnis zur Beseitigung enthalten ist, spricht der aktuelle NEKP lediglich von "Diskussionen". Ohne klare Aussagen ist eine Einstellung auf die kommende Dekade nicht möglich.
  - Die **Kohleverstromung** ist aktuell absolut vage gehalten und damit ein Rückschritt auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Die bestehenden Kohlekraftwerke sind für die Versorgungssicherheit nicht notwendig und verfügen über keinerlei systemischen Mehrwert im aktuellen Dauerbetrieb. Insofern kann der Kohleausstieg 2020 realisiert werden.
- Klares Bekenntnis mit Zeitplan zum phase-out fossiler Energien und phase-in erneuerbarer Energien in allen Sektoren inklusive der damit verbundenen Energieinfrastruktur um lock-in Effekte zu vermeiden.
- Bildung eines Bund-Länder-Übereinkommens  
Aufgrund der föderalen Struktur Österreichs ist für viele energie- und klimapolitisch relevante Themen auch die Kooperation der Gebietskörperschaften notwendig. Grundlegend für die Gestaltung einer Politik bis 2030 muss ein Bekenntnis von Bund und Bundesländern zu einer Paris-tauglichen und modernen Energie- und Klimapolitik sein.

Mit freundlichen Grüßen



Dkfm Peter Püspök  
Präsident



Florian Maringer  
Geschäftsführer